

**Ersteinrichtungsbeitrag**  
 monatlich 60 Pf.  
 vierteljährlich 1,50 Mk.  
 jährlich 6,00 Mk.  
 Durch die Post bezogen  
 1,00 Mk. zuz. Postgebühren.

**„Die Neue Welt“**  
 (Anzeigenscheinblätter),  
 durch die Post nicht bezogen,  
 aber monatlich 10 Pf.  
 vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
 Telegramm-Adresse:  
 Weltblatt Halle.



**Insertionsgebühren**  
 beträgt für die 6 gezeichneten  
 Spalten oder deren Raum  
 20 Pfennig.  
 Für annahmefähige Anzeigen  
 25 Pfennig.  
 Im reaktionären Falle  
 nach der Zeit 75 Pfennig.

**Insertate**  
 für die tägliche Nummer  
 müssen spätestens bis die vor-  
 mittags 10 Uhr vor  
 Expedition ankommen  
 sein.

Eingetragen in die  
 Postzeitungsliste.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
 Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

**Ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter.**

Nach der Osterpause soll das Plenum des Reichstags die Reichsversicherungsordnung beraten oder vielmehr, wenn es nach dem vom Abg. Horn-Gera ausgesprochenen Wunsch der Schaffmader geht, durchpfeifen.

Das Ergebnis der Kommissionsberatungen über den 1784 Paragraphen umfassenden Entwurf liegt noch nicht gedruckt vor, obwohl die Kommission bereits am 20. April 1910 eingeleitet war, also nahezu ein Jahr lang tätig. Noch nicht — vielmehr die herrschende Finanzreform ausgenommen — ist im Reichstage selbst die große Öffentlichkeit wie dem Bürgerlichen Gesetzbuch, den Versicherungsgeetzen der 90er Jahre, der vier Verordnungs-Novellen eine Kommissionsberatung zu schenken, die Versicherung für so langjam erfolgt. Der inner Grund für die auffällige Art der Behandlung der Vorlage mag darin liegen, daß die Schaffmader-Mehrheit zu Zusammenfassung dieses Ausnahmengesetzes die Arbeiterklasse sich erst allmählich zusammenfand und die öffentliche Kritik an der Vorlage durch Hinauszögerung des Beschlusses zu erschweren sucht. Die glühendsten Vorwürfe der Vorlage sind in Sonderzügen des Konserbative, Nationalliberale und Zentrum in trauer Gemeinshaft umfassenden Schaffmaderartikel zusammengefaßt und dann in einer dritten Lesung der Kommission, der sogenannten „Ausgleichsleistung“ wie sich unsere Lesung aus den fortlaufenden Berichten, die wir über die Kommissionsberichte brachten, entnehmen willkürlich. Dem Ueberzugsungsbericht und dem Klimateil gegen die Arbeiterklasse muß beizugehen entgegengetreten werden. Wir werden den wesentlichen Inhalt der jetzigen Gestalt der Reichsversicherungsordnung in einer Reihe kritischer Flitzgen.

Der Entwurf weist selbst gegenüber der Regierungsvorlage noch erhebliche Verschärfungen auf. Noch unberührt wie dieser sucht er unter Mißhandlung der Rechte der einzelnen Arbeiter und der Arbeiterklasse die Arbeiterversicherungsgegebung zu Verordnungsanfällen für Militärärzte, abgeleitete Offiziere und Beamte, gelbe Gewerkschafter und gewinnlose Bureaukranten zu machen.

Was für die bürgerlichen Parteien ein Hauptzweck der bestehenden Versicherungsgegebung die Entlastung der wohlhabenderen Schichten von der Armenlast und die härtere Belastung der Arbeiter, so zieht sich wie ein roter Faden durch die Paragrafenmasse des Kommissionsentwurfs das Bestreben auf Entziehung der Arbeiter auf dem Gebiete der Versicherung und die Verfertigung einer bureaukratischen Interneremerkensstruktur auf Kosten der Arbeiter. Abgeholt sind fast alle auf Besserung der Rechte der Arbeiter abzielenden leicht durchführbaren Vorschläge. Fast zu derselben Zeit, wo die bürgerlichen Parteien durch Erhöhung der Beiträge von 15% Millionen um 2 1/2 Millionen anerkennen, daß durch die Höhe auf notwendige Nahrungs- und Bedarfsartikel mindestens um 1/2 der Geldwert der so schmalen „Renten“ gekürzt ist, wurden die Anträge auf Erhöhung der Renten im wesentlichen abgelehnt. Eingehen sind die Zwangsbeiträge der Arbeiter erheblich erhöht. Das Verfahren ist insbesondere für Unfallfällen noch erheblich verschlechtert. Von der Selbstverwaltung sollen die Arbeiter auf dem Gebiete der Unfallversicherung völlig ausgeschlossen werden. Die Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der Unfallversicherung wird wesentlich eingeschränkt, bei der Krankenversicherung nahezu ausgeschlossen, und die wenigen Schranken der bestehenden Gegebung gegen Willkür der Behörden niedriger. Den Unternehmern hingegen ist die schrankenlose Freiheit für Verlegung der Gelege zugunsten der Arbeiter gesetzlich garantiert. Von vielen dies harte Mittel rechtfertigenden Vorwürfen ist nur eine herausgegriffen: Die Unfall-Versicherungssachen sollen zwar der Aufsicht des Reichsversicherungsamts unterstellt sein, Mittel zur Ergründung der gesetzlichen Pflichten der Versicherungsvereinigungen gibt das Gesetz dieser Aufsichtsbehörde jedoch nicht. In § 907 ist ausdrücklich bestimmt: Das Reichsversicherungsamt ist nicht berechtigt, an Einzelnen der landwirtschaftlichen Versicherungsvereinigungen Anstaltsbesichtigungsberichte zu erlassen und technische Aufsichtsbemerkungen anzuflehen. Die Sachverhalte von Unternehmern steht dem Entwurf höher als Leben und Gedeihen für den Entwurf strengen Regierungss, Zentrums- und andere Schaffmaderorgane die Behauptung aus, der Entwurf enthalte eine Willkür- und Willkürverfälschung. In Wahrheit enthält der Entwurf eine solche Versicherung nicht. Es ist wenig, wenn der Entwurf von einer „Willkürverfälschung“ spricht. Die Willkür enthält keine Willkürverfälschung, sondern soll nur für den Fall, daß sie billig erwerblich ist im Sinne der Versicherungsordnung wird, eine Inhabitenrechte erhalten, und zwar in schamlos niedriger Höhe. Statt der verübten Chamaun 10 Jahre lang in der niedrigsten Klasse gestellt, so erhält sie einen Betrag von ganzen 20 Mk. 60 Pf. jährlich, also gegen 20 Pfennig täglich. Der fünfte Satz wird erlegt, wenn der verübte Chamaun 60 Jahre hindurch in der höchsten Klasse gekürzt hätte. Er beträgt in 170 Mk.

40 Pf. jährlich, also gegen 47 Pfennig täglich. Nicht viel anders verhält es sich mit der „Waisenrente“. Hinterläßt der verübte Vater, der zehn Jahre lang in der niedrigsten Lohnklasse gearbeitet hat, ein Kind, so beträgt die an das Kind bis zu seinem vollendeten 16. Lebensjahre zu zahlende Waisenrente volle 8660 Mk. jährlich oder 10 Pf. täglich. Hinterläßt er zwei Kinder, so beträgt die Rente für beide Kinder zusammen 6860 Mk. oder 9 Pfennig für jedes Kind täglich. Für drei Kinder beträgt die Rente 90 Mk. jährlich zusammen oder pro Kopf 3 Pfennig täglich. Der Höchstlohn einer Arbeiterin, wenn also 50 Jahre hindurch stets in der höchsten Lohnklasse gelebt war, beträgt für ein Kind 85,20 Mk. jährlich oder 23 Pfennig täglich, für zwei Kinder 120 Mk. oder 17 Pfennig für den Tag und Kopf, für drei Kinder 155,40 oder 14 Pfennig für den Tag und Kopf.

Zur Entschädigung für die erbärmliche Niedrigkeit dieser „Renten“ für Arbeiterinnen und Waisen wird insbesondere in Zentrumsblättern die Idee der Reichs-Waisenparlance angeregt. Wie verhält es sich damit in Wahrheit? In die Reichsblatte sollten zur Erleichterung einer Willkür- und Willkürversicherung vom März 1906 ab Kollektivnahmen gelangt werden, die nach Schätzung des Zentrumsabgeordneten Bruns hoch auf jährlich 91 nach der Schätzung des b. Zentrumsmannt auf 82 Millionen belaufen sollten. Es sind in diese Willkürparlance bis jetzt aber nicht 500-550 Millionen, sondern einsehendliche Renten nur 47 Millionen gestiegen. Die fehlende Summe ist verlos von den Agariern mittels des Ausführenscheinstens ausgelesen. Dem an dem Vorbehaltsrecht für Willkür- und Waisen vollzogenen Raub steht die Verhöhnung der Willkür- und Waisen durch die noch näher dazugelegenden Vorwürfen der Reichsversicherungsordnung die Krone auf.

Sobald vorweg zur Charakterisierung des Geistes der Reichsversicherungsordnung, der die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied ihrer politischen Richtung zur Empörung gegen die ihnen zugedachte Verarmung ihrer Rechte aufreizen sollte.

Der die Reichsversicherungsordnung durchziehende Haß gegen die Arbeiter und das Bestreben, aus Arbeitergriechen eine bureaukratische Schutztruppe des Interneremts zu beschaffen, kommt am unverfälschten bei den Vorwürfen über die Verwaltung der Krankenkassen zum Ausdruck. Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter war früher die entscheidende Forderung aus bürgerlicher Kreise, wie der verstorbenen Zentrumsabgeordneten Mousfang und Reichensperger und wohl ziemlich aller liberalen Abgeordneten. Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen, Verordnung der Arbeiter durch engberzigere Bureaukranten und Interneremter fordert der von Konserbativen, Nationalliberalen, Zentrumsleuten und auch Fortschrittler wie Dr. Wugdan ausgesuchte Vorschlag des Entwurfs. Der Schlag, zu dem seit einem Jahrzehnt vergeblich die Hand gegen die Arbeiterklasse und die Krankenkassen ausgeschlagen wurde, soll jetzt geführt werden.

An der Krankenversicherung nehmen heute — abgesehen von Vorzügen der Interneremter in Betrieben- und Zentrumskrankenkassen — die Arbeiter zu zwei Drittel, die Interneremter zu einem Drittel teil. Der Vorstand besteht zu zwei Drittel aus Arbeitern, zu einem Drittel aus Arbeitgeberern. Die Arbeiter zahlen zwei Drittel der Beiträge und die Eintrittsgelder, die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge.

Am Jahre 1909 wurden in den Krankenkassen von den Arbeitgebern 101.587.013, von den Arbeitern 228.963.613 Mk. gezahlt.

Vorbringen der Arbeitgeber auf Einschränkung der Verwaltung reichen bis zum Jahre 1900 zurück. Im Mai 1900 erging ein vertrauliches, im Vorwärts veröffentlichter Erlaß an die Behörden, angeblich, „ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung von Krankenkassen zu sozialdemokratischen Zwecken in die Erscheinung getreten ist“. Im dieselbe Zeit veröffentlichte der Geheim-Regierungsrat im preussischen Handelsministerium Dr. Hoffmann Vorläufe zur Verenderung der Krankenkassen-Organisation, die im wesentlichen darauf hinausliefen, „den Arbeitern in der Verwaltung die Oberhand zu nehmen“, weil dem „Mißbrauch der Verwaltung zu politischen Zwecken, Territorierung der Verzie und“ geteilt werden müsse. Eine nähere Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Reform ist entbehrlich. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich aus allen politischen Parteien gegen diese frivole, ohne die Spur eines Beweises in die Welt geklebte Verdächtigung der Arbeiter. Graf Solodowsky erklärte im Reichstage, die Hoffmannsche Vorläufe sei eine reine Privatangelegenheit der Regierung in der Krankenkassenreform, eine verächtliche Verleumdung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durchzuführen. Im Halle „grober Falschverleumdung“ sollte ein Vorstandsmitglied seines Amtes durch die Aufsichtsbekörde entsetzt werden können. Solodowsky's Verleumdungen, die Bestimmung sollte nicht wegen politischer Willkürigkeit, insbesondere nicht gegen Sozialdemokraten als solche

angewendet werden, stand der Inhalt einer Rede des Geheimrats Dr. Hoffmann in der Sitzung vom 28. April 1903 klar entgegen. Es gelang damals, den schwammigen Begriff „grober Falschverleumdung“ „grober Verleumdung der Amtspflichtigen in Bezug auf die Kaiserkrönung“ zu erlegen. Gleichseitig setzte die sozialdemokratische Fraktion durch den letzten Sitzung im 84 des Krankenkassenreformgesetzes einen Ausschuss der Aufsichtsbekörde durch. Das Verwaltungsvorbereitungsverfahren wurde gegen Anordnungen der Aufsichtsbekörde der Kasse und dem Statensvorstand eingedrängt. Und es hat sich bestätigt: in beinahe allen Fällen hat in Preußen das Oberverwaltungsgericht der Kasse gegen beherrschende Eingriffe recht gegeben und eine große Reihe rechtswidriger Anordnungen von Aufsichtsbekörden aufgehoben. Darüber war der Vater der Gegnerschaft gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht erbaut. Seine Pläne ruhten indes nicht. Innerwarteten Kulturs in seinen halslosen Angriffen gegen die Verwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter erhielt er einige Jahre später durch die Bekanntschaft, mit bewußtem Willen der Konserbativen begünstigten Vorfälle des „Freiwilligen“ Dr. Wugdan in Weisung. Sein Wut: der Einfluß der Arbeiter in den Krankenkassen sollte nicht befristet werden, fand auch bei dem Leipziger Kreisverband ein lebhaftes Echo.

Nicht minder bei den Schaffmaderern. Hatte man keine Beweise für die frivolen Behauptungen eines Mißbrauchs, so begnügte man sich mit häufiger Wiederholung der Behauptung „an Stelle des Beweises. Bezüglich der bis dahin Komplexen ist das Willkürliche Vorgehen eines Reichsversicherungsamtes Dr. Müller aus der jüngsten Zeit. In einer dreizehnten, vor wenigen Monaten erschienenen Vorlesung hat dieser Doktor allerlei gegen Kassenverwaltung und Kassenbestanden zusammengetragen. Mit der Wahrheit fehen freilich seine Behauptungen häufig auf recht gespanntem Fuß. So behauptet er, eine sozialdemokratische Kasse habe sogar einen Wert wegen seiner politischen Gesinnung gemindert. Im Wahrheit ist diese „sozialdemokratische“ Kasse die leider sozialisten-entworfene „Reichsblatte bis königlich preussischen Spandauer Feuerwerkslaboratoriums“.

Nicht Willen fand an der Art, beweisevolle und unbeweisebare Behauptungen aufzustellen und sie zu wiederholen, Gestalten. Im Jahre 1908 vertrat er den Schaffmader in der Zentrumsblatte, für Verbinden des sozialdemokratischen Einflusses in den Krankenkassen zu sorgen. Man suchte nach Material, aber es fand sich wenig, weil es wenig gibt. Im Gegenteil, politische Gegner, Arbeiter wie Arbeitnehmern, verwiesen das Gerücht von einem Mißbrauch der sozialdemokratischen Arbeiter in Krankenkassen in das Gebiet der Fabel. Wir führen eine Aufzählung des Zentrumsabgeordneten Giesberts aus einer Rede an, die er in Neuch am 18. Oktober 1908 hielt. Er erklärte damals:

„Man strebe dahin, bei den Krankenkassen die Zweidrittelmehrheit der Arbeiter zu beschaffen und zu bestimmen, daß die Arbeiter zwar nur die Hälfte der Kosten tragen, dafür aber auch den Vorhand nur zur Hälfte belegen sollen. Die Kassenverwalter sollen nicht mehr gewählt, sondern von den Gemeinden ange stellt werden; wir erhalten danach also formale Krankenkassen. Eine solche Bureaukratisierung der Krankenkassen könne man nicht in sich. Die Regierung sage, man wolle es der Sozialdemokratie unmöglich machen, die Kassen politisch auszunutzen. Hier und da möge ein solcher Mißbrauch statgefunden haben, aber die Gerechtigkeit erfordert es, auszuweichen, daß die von Sozialdemokraten verwalteten Kassen in ihren Leistungen nicht zurückstehen gegen andere Krankenkassen. Einer Ausübung zu parteipolitischen Zwecken würde ein wirksamer Mangel hervorgehoben werden. Wenn für die Verwaltung die Verhältnismäßig festgesetzt würde, dann würde es einer Mißbrauchsbeurteilung der Verleumdung nicht bedürfen. Die Arbeiter legen Wert darauf, daß ihnen von den gewählten Ämtern nichts genommen wird.“

Die Motive zu der Reichsversicherungsordnung mußten zugeben, daß die Suche nach Beweismaterial für die Behauptung des politischen Mißbrauchs durch die Arbeiter in den Krankenkassen fruchtlos war. Bei dem Reichstag des Interneremter Vorbringens mit Verleumdungen der Kassen stellen auch Arbeitgeber — darunter bekannte Schaffmader — das Vorhandensein parteipolitischer Willkür innerhalb der Verwaltung ihrer Kassen nachdrücklich in Abrede“ (Motive S. 119).

Tropfen Säure die Regierungsvorlage vor, die Arbeiter darauf zu entscheiden, daß die Interneremter und Arbeiter je die Hälfte der Beiträge leisten und an der Verwaltung auch je zur Hälfte beteiligt sein sollten. Ferner sollte dem Aufsichtsbekörde einen Vorstehenden bestellen, wenn Arbeitgeber und Arbeiter sich über die Wahl nicht einigten. Endlich sollte der Satz gegen Uebergriffe der Aufsichtsbekörde durch das Verwaltungsvorbereitungsverfahren fortfallen. Diese Vorschläge trafen auf den lebhaftesten Widerspruch bei Arbeitgebern und Arbeitern ohne Unterschied ihrer politischen Richtungen.





demokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl entfielen 22 068 Stimmen auf den nationalliberalen und 21 220 Stimmen auf den Zentrumskandidaten.

**Anarchistenverfolgung.** Der Redakteur des Berliner Anarchistenblattes Dr. Fritz Arbeiter, Johann Kay, wurde von der Strafkammer wegen Auforderung zum Ungehorsam gegen die Gehebe, begangen in einem Artikel über die Wobabier Strawalle, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur 500 Mk. Geldstrafe beantragt.

### Frankreich.

#### Unruhen auf Korsika.

Paris, 11. April. Wie von der Insel Korsika gemeldet wird, herrscht dort eine lebhaftige Agitation. Gestern versammelten sich mehr als 6000 Personen auf den Straßen, um gegen das von der Kammer angenommene Projekt, insbesondere gegen den Plan einer Eisenbahnlinie nach Sartene zu protestieren. Die Manifestanten, welche die förmliche Nationalflagge mit sich führten, begaben sich nach der Statue deselden der Unabhängigkeit der Insel, Pascal Paoli, und legten dort einen Kranz nieder. Zum Verlaufe der Demonstration wurden die Klufe laut: „Gott das freie Korsika! Gott das unabhängige Korsika!“ Man befürchtet, daß die Erregung eine weitere Ausdehnung annimmt und daß der am 24. April in Ajaccio stattfindende Protestkongreß für die französische Regierung sehr unangenehme Zwischenfälle haben wird.

### Italien.

#### Der regierungsfähige Neofinanzismus.

In der Fortsetzung der Debatte in der Deputiertenkammer über das Regierungsprogramm erläuterte Bissolati die Gründe, warum er nicht in das Kabinett eingetreten sei, und befrucht, daß er sich infolge der Anschließungen der Liberalen und der konservativen Presse über die Entwicklung der Krise zurückgezogen habe oder infolge einer Meinungsverschiedenheit über das Regierungsprogramm. Er sei im Gegenteil ein Anhänger des Programms von Giolitti, das auch das Programm der Sozialisten sei. Er und seine Freunde würden energisch für das allgemeine Stimmrecht eintreten. (Beifall.) Ministerpräsident Giolitti fügte aus, die Neofinanzisten des Regierungsprogramms sei allgemein anerkannt. So oft er an der Spitze der Regierung getreten habe, hätte er stets eine liberale Politik befolgt. Als im Jahre 1904 der Generalstreik die Gefahr einer starken Reaktion zeitigte, habe er dagegen Widerstand geleistet und sei zurückgezogen zu dem Regime der Freiheit bedacht. (Beifall bei Bissolati.) Aber wenn man den Triumph der Reaktion verhindern wolle, müßte man dem Lande beweisen, daß man die Freiheit mit der Ordnung vereinen könne. Staatsmänner müßten sich leisten lassen von den Bedürfnissen der Zeit, in der sie leben und wirken. (Beifall bei Bissolati und Beifall.) Weiterhin wies Giolitti den Vorwurf zurück, daß man bei der Lösung der Ministerkrise verfassungswidrig verfahren sei; er behaupte, daß Bissolati keine verantwortungsvolle Stelle habe übernehmen wollen, und wüßte sich, daß eine liberale Redner Befragung darüber hätten äußern können, daß er sich an die sozialistische Gruppe gewandt habe, um so mehr, als die sozialistische Partei ihr Programm merklich geändert habe und Karl Marx in die Kumpfkammer geworden sei. (1) (Beifall bei Bissolati auf der Rechten und im Zentrum. Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Nicht verfassungsmäßig seien die Regierungen, die im Parlament keine Mehrheit hätten, und wahre Mehrheiten seien die, die sich um Ideen, nicht um Personen saßen. (Beifall bei Bissolati.) Das Problem, das allen andern vorangehe, sei das allgemeine Wahlrecht. Die Aufgabe und der Ruhm der gegenwärtigen Kammer werde es sein, dieser Reform ihre Zustimmung zu geben. (Auseinandersetzung und Beifall bei Bissolati auf der Linken; viele Deputierte beklammerten Giolitti.) Sodann erfolgte die namentliche Abstimmung über die von Giolitti angenommene Tagesordnung Carcano, die die Erklärungen Giolittis billigt. Sie wurde mit 340 gegen 88 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. — Hierauf vertagte sich die Kammer bis zum 8. Mai.

### Türkei.

#### Verstärkung der Truppen in Albanien.

Saloniki, 10. April. Alle hier eingelaufenen Meldungen lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß die Aufständischen, unterstützt von montenegrinischen revolutionären Militärs und geführt von montenegrinischen Offizieren, die türkischen Truppen im ganzen Gebiet zwischen Tuzi und Scutari vollständig besiegt haben und sich in den Besitz von Munition und Proviandvorräten gesetzt haben und nunmehr auf Scutari zu marschieren, wo bereits unter der Bevölkerung große Aufregung herrscht. Die von Konstantinopel erwarteten Truppenverpflichtungen treffen nur langsam und in ungenügender Menge hier ein. — Die jüngste große Niederlage der türkischen Truppen bei Tuzi wird von allen Seiten beklagt. Der Kampf dauerte von früh bis abends. Die Türken waren ausgezeichnet bewaffnet, hatten auch einige Geschütze zur Verfügung, jedoch hatten die Albanesen sehr gute Positionen inne und kämpften sehr tapfer, so daß die Türken zurückgeschlagen wurden. Die Albanesen eroberten neuerdings Deshkitin und alle früheren Positionen umweit des Forts Schipshaine. Paris, 11. April. Echo de Paris meldet aus Konstantinopel: Die Aufständischen haben die Stadt Scutari, 2 Kilometer von Scutari, wiederum besetzt. Die türkischen Truppen befinden sich zwischen zwei Feuer. Gerücheweise berichtet, die türkische Regierung werde an Montenegro ein Ultimatum stellen.

### Marokko.

#### Marokko in Kisten.

Madrid, 10. April. Meldungen aus Fez zufolge, ist die Lage andauernd sehr kritisch. Die Angriffe der Rebellen wiederholten sich in kurzen Abständen. Die Truppen des Sultans sind erschöpft und müssen sich, wenn sie nicht bald verhärtet werden, dem Feinde ergeben. Der letzte Erfolg der mauritanischen Truppen ist der Haltung der französischen Mission zuzuschreiben.

#### Die spanischen Missionen.

Madrid, 10. April. Das gesamte spanische Geschwader ist in Cadix vereinigt und nach Marokko fahrbereit. Der Dampfer Catalana transportiert 400 Marine-Infanteristen von Ferrol nach Cadix, dort werden nächster Tage 1500 Mann mit Feldgeschützen nach Larache abfahren. Die Truppenverschiebungen sind allgemein. Aus dem Norden und dem Zentrum maršieren sie nach dem Süden, um die Garnisonen zu verodständigen, die infolge der Seidigungen nach Afrika entzückt sind.

### Mexiko.

#### Ein Geheimvertrag mit Japan?

New York, 10. April. Die Sun enthält eine Darlegung, der zufolge es Vorkäufler Wilson gelungen sei, einige Stunden lang einen Geheimvertrag zwischen Mexiko und Japan zu bekommen, welcher photographiert worden sei. Darauf sei Wilson sofort nach Washington geeilt und habe die Photographie gezeigt. Mexiko sei gegen Japan Kolonialstationen in der Magdalenaebay sowie andernorts zu geben, es sei auch eine Art Offensiv- und Defensiv-Miliz geplant gewesen. Fast habe die sofortige Mobilisierung angeordnet, und Diaz ein Ultimatum gestellt, binnen sechs Tagen von dem schon unterzeichneten, aber vom Senate noch nicht ratifizierten Vertrage zurückzutreten, was auch geschehen sei. — Die mexikanischen Insurgenten drohen, die Kohlengruben in Nordmexiko stillzulegen, worauf dann das Feuerungsmaterial für die Bahnen schwer zu erlangen wäre.

### Aus der Partei.

#### Groß-Berliner Generalversammlung.

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins, die am Sonntag in Kellers Festsaal tagte, beschloß nach einem eingehenden Referat des Parteisekretärs Gen. Riepmann, dem Beschluß der Gewerkschaftskommission und des Zentralvorstandes von Groß-Berlin beizutreten:

Zur Bildung eines Raifonds wird vom 1. Mai ab eine allgemeine freiwillige Sammlung vorgenommen, in welcher Marken ausgegeben werden. Die Parteigenossen sind moralisch verpflichtet, Mainarken im Betrage von nicht unter 1 Mk. für Männer und nicht unter 50 Pf. für Frauen zu entnehmen.

Im weiteren soll dieser Fonds noch durch die Beiträge der in Partei- und Gewerkschaftsbetrieben Angestellten, die den 1. Mai durch Arbeitskreise begehren können, und ferner durch die Ueberhüfte der Parteifunktionäre vergrößert werden.

Ein Antrag auf Herausgabe einer Montagsausgabe des Vorwärts unter gleichzeitiger Erhöhung des Abonnementspreises um 10 Pf. für den Monat wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Diskussion über den Antrag gestaltete sich sehr lebhaft, da die von der Kommission und von der Gewerkschaftsleitung aufgestellten Forderungen als hoch gegriffen angesehen wurden. Gen. Richard Fischer konnte die Befürworter des Antrags nicht widerlegen.

Ein Antrag Eduard Bernsteins, der zur Agitation gegen das von der Regierung geplante Zweiterwerbungsgeß aufforderte, wurde der Kommission der Stadt- und Gemeindevorsteher Groß-Berlins überwiesen.

Die von den Delegierten stark besuchte Versammlung endete nach vierstündiger Dauer.

Personalen der Parteipresse. In die Redaktion des Karlsruher Volksfreund tritt an Stelle des Genossen Weismann, der die Leitung des in Freiburg neugegründeten Parteiorans Volksnachricht übernimmt, Genosse Eugen Kirchpfermannig, bisher an der Münchener Post, ein.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Töpferverband im Jahre 1910.

Einen recht günstigen Bericht veröffentlicht soden der Töpferverband über das Jahr 1910. Seine Mitgliederzahl, die am Jahresabschluss 1909 11,069 betrug, steigerte sich bis zum Jahresabschluss 1910 auf 11 547.

Der Bericht über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen bemerkt, daß, solange eine Töpferorganisation besteht, in noch keinem Jahre so viele Lohnämpfe rote im Jahre 1910 stattgefunden haben. Es fanden 128 Lohnämpfe in 302 Orten in 1067 Betrieben mit 5557 Beteiligten statt. 89 Bewegungen mit 2918 Beteiligten wurden ohne Streik erledigt, desgleichen eine Amdrch mit 65 Beteiligten. An 16 Angriffsstreiks waren 2821 Mann beteiligt, an 18 Abschreibestreiks 1108 und an 4 Ausperrungen 100. 113 Bewegungen mit 4319 Beteiligten endeten mit Erfolg, teilweisen Erfolge hatten 9 Bewegungen mit 115 Beteiligten. 1 Streik war am Jahresabschluss unentschieden. — Der Gesamtverloß der Bewegungen stellt sich folgendermaßen: Ohne Arbeitseinstellung erreichten 988 Arbeiter 2842 Stunden Arbeitseinstellung pro Woche, also pro

Woch 29 Stunden, Lohnerbhörungen erreichten 2716 Mann 6116 Mk. pro Woche oder pro Kopf 225 Mk. Durch Streik erreichten 412 Arbeiter 1152 Stunden Arbeitseinstellung pro Woche oder pro Kopf 28 Stunden, Lohnerbhörungen 1256 Mann 3079 Mk. pro Woche oder pro Kopf 1,00 Mk. Sonstige Verbesserungen, wie höhere Bezahlung von Ueberlöhnern, Lohnarbeit und Arbeiter, letzteres Arbeitsmaterial usw. erreichten insgesamt 4482 Mann. Außerdem wehten noch 83 Arbeiter 318 Mk. Lohnfürsorge pro Woche ab und 1010 Mann sonstige Verbesserungen.

Die Gesamtlöhne der Lohnbewegungen und Streiks erstforderten 122 281 Mk., wovon ein geringer Bruchteil aus den Soziallöhnen bestritten wurde. Taxie wurden im Berichtsjahr 107 für 451 Mann abgeholt, darunter 21 ermalig, ferner 5 Weistrarife. Zurzeit verfügt der Töpferverband über 253 mit den Unternehmern abgeschlossene Tarife. Von den insgesamt an den Bewegungen Beteiligten gehörten dem Verbande 8221 an, der christlichen Organisation waren 11, der Christen-Dunderische 24 und den Sozialisten 12 angeschlossen, ein Beweis, daß diese Organisationen so gut wie gar nicht für die Töpferbewegung in Betracht kommen.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 334 495 Mk., die Gesamtausgaben 314 466 Mk. An Beiträgen wurden 54 980 Mark mehr aufgebracht als im Jahre 1909. Von den größeren Ausgabenposten, worunter die Streik- und Gemahregelunterstützung allein aus der Hauptliste 31,4 Prozent der Gesamteinnahme erforderte, erwähnen wir noch die Krankenunterstützung für die Arbeiter, letzteres Arbeitsmaterial usw. Die übrigen Ausgaben erforderten weitaus geringere Summen. Am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 betrug das Gesamtvermögen des Verbandes 178 324,17 Mk.

#### Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Kupferung im Hamburget Solzgewerbe macht den übrigen Gewerkschaften in Samstagsange Klopfschmerz. Insbesondere die Werksbetriebe und der Verbund der Metallindustrie sind von dem Gang der Dinge gar nicht abtrüben und möchten den Solzarbeitern unter allen Umständen eine Niederlage beibringen. — Die von Berlin nach Hamburg geschickten Arbeitsmittlen konnten zum großen Teil wieder abgehoben werden, zum großen Teil waren es Leute, die auf allen möglichen „Benen“ zusammengeführt waren und die unter allerhand Verprechungen nach Hamburg verschleppt worden sind. Jetzt suchen die Metallindustrie-Arbeitsnadeweise in einer ganzen Anzahl Orte Solzarbeiter nach Hamburg; diesen muß darum ganz besonderes Augenmerk gewidmet werden. — Solzarbeiter Deutschlands forscht für Fernhaltung des Antrags!

Am 20. April wurde der Schichtarbeit in Danzig sind etwa 700 Mann befristet, 1300 Werksarbeiter anderer Branchen lesen die Arbeit fort. Es wurde beschlossen, daß nur die im Kampfschiffbau direkt beschäftigten Arbeiter abstimmen sollten. Diese haben mit 661 gegen 8 Stimmen den Streik beschlossen.

Bezüglich für die Situation ist die Teilnahme aller Arbeiterorganisationen, die Teilnahme an Streik, freie Gewerkschaften, Christen-Dunderische, polnische und christliche.

kleines Alter. In schwarzem Boden erkrankt ist auf der Demäne Gronauerhof im Kreise Hanau von dem neuengagierten Personal eine Person. Grund zur Befürchtung der Weiterverbreitung besteht nicht. — Während einer Zeitfahrt auf dem Grigaberger führte ein Einwohnervon Eutingen namens Krenner ab und war augenblicklich tot.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberlicht, Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Wolf, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzial- und Versammlungsberichte G. H. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

**Kathreiners Malzkaffee ist das tägliche Getränk von vielen Millionen Menschen.**

## Warum?

- Weil Kathreiners Malzkaffee absolut unerschädlich und wohlbehaglich für Gesunde und Kranke ist. —
- Weil Kathreiners Malzkaffee kräftig-aromatisch und dauernd angenehmen Wohlgeschmack hat. —
- Weil Kathreiners Malzkaffee sehr ausgiebig und billig ist. — Ein 10 Pfennig-Paket gibt 20 Tassen. —

**Der Gehalt macht's!**

### Zum

# Oster-Feste!

- Kerren-Krawatten in allerneuesten Fassons, aparte Ausgestaltung 20 Pf. Stück. 3.00 2.25 1.65 1.10 85 65 35
- Herren-Kragen, alle mod. Fassons, prima Qualitäten 30 Pf. Stück 70 60 55 45 42 38
- Herren-Garnituren in modernsten Styles 65 Pf. Garnit. 2.65 2.30 1.95 1.50 1.15 85 75
- Herren-Oberhemden, weiss u. farbig, in pa. Ausfüh. 2 75 Pf. Stück. 7.00 6.50 5.00 4.50 3.50
- Herren-Westen-Gürtel, hell u. dunk., neueste Dess. 90 Pf. Stück. 3.00 2.50 1.75 1.20
- Herren-Westen, aus pa. Wasch-u. Tuchstoff, schicke Fassons, 7.00 5.50 5.35 4.50 3.50 2 75

- Herren-Filz-Hüte, steife u. weiche Form., schwarz u. 1 85 farb. St. 6.50 5.25 4.50 3.75 3.25 2.25 1 M.
- Herren-Stroh-Hüte, neueste schicke Formen 70 Pf. Stück. 5.00 3.25 2.35 1.75 1.50 95 90
- Herren-Panama-Hüte, elegante Neuheiten 7 50 Pf. Stück. 21.00 17.50 12.00 9.00
- Herren-Mützen, neueste englische Fassons 73 Pf. Stück 2.65 1.75 1.65 1.06
- Herren-Hosenträger, in prima Qualitäten 70 Pf. Paar 2.25 2.00 1.60 1.50 1.15 90
- Herren-Handschuhe, in Glace und Stoll, geltsende Fassons 38 Pf. P. 3.50 2.50 2.00 1.50 1.15 85 80

Geschäftshaus

**J. LEWIN**

:: Halle a. S. ::

Marktplatz 2 und 3.

# 95 Pfg. Bazar 95 Pfg.

21 Grosse Ulrichstrasse 21.

Geschenk-Artikel. = Spielwaren. = Wirtschafts-Artikel.

Pariser Bijouterien. = Offenbacher Lederwaren.

Unerreicht an Geschmack, Auswahl und Qualität.

Ohne Ausnahme:

Besichtigung, ohne jeden Kaufzwang, erbeten.

Jedes Stück **95 Pfg.** Jedes Stück.

Zuvorkommendste Bedienung.

**Eröffnung**

4 Uhr Mittwoch nachmittag 4 Uhr.

**Als Brotaufstrich** empfehle ich ganz besonders:

Knäusels Melange-Marmelade	13 Pfg.
Knäusels Spezial-Pflanzenmus	15 Pfg.
Knäusels Tafel-Honig-Ersatz	20 Pfg.
Knäusels Kunst-Speise-Fett	33 Pfg.
Knäusels Cocos-Schmalz	28 Pfg.

**Albert Knäusel.**

**Auf Kredit** an jedermann zu den günstigsten Zahlungsbedingungen zum **Osterfeste.**

**Anzug**

bar 6 M. Kredit	7 M. Anz.	1 M.
10 . . . . .	11 <sup>50</sup> . . . . .	2 . . . . .
16 . . . . .	18 . . . . .	3 . . . . .
22 . . . . .	24 . . . . .	4 . . . . .
30 . . . . .	33 . . . . .	5 . . . . .
33 . . . . .	36 . . . . .	6 . . . . .
38 . . . . .	42 . . . . .	7 . . . . .
44 . . . . .	48 . . . . .	8 . . . . .

Paletots — Ulster — Regenmäntel  
Rock- und Gehrock-Anzüge,  
— An- und Abzahlung nach Uebereinkunft. —  
Damen-Jackotts, -Paletots, -Kleider  
Anzahlung 3, 5, 7, 9 M.

Vollfrische wohlschmeckende **Eier 75** und 90 Pf.

Garantie für jedes Stück.

**Eierfarben gratis!**

Hochfeiner vollsaftiger **Schweiz. Käse 110** Pf.

Allerfeinste Molkerel-Butter **68** Pf.

Marke **Kleeblatt** 1/2 Pf. Stück

**F. H. Krause.**

Grosse Ulrichstr. 44  
Leipzigstr. 16  
Alter Markt 18  
Grosse Steinstr. 39  
Thomasstr. 40  
Steinweg 17

Bernburgerstr. 16  
Burgstr. 4  
Reilstr. 111  
Landsbergerstr. 3  
Jakobstr. 38  
Marschburgerstr. 159  
Grosse Klausstr. 19.

**H. Böhlerts Rotschlächtere!**  
Deltgasse 78,  
Glanzerstrasse 75  
dicht an der Brandischen Kirche  
und Große Götterstrasse 20  
empfiehlt diese Woche in bester  
Güte:  
frische Fleisch- und Wurst-  
waren.

**Die Finanz-Geschichte**  
des  
**Deutschen Reiches**  
von Emanuel Barm.  
Preis 1 Mk. Porto 10 Pf.  
Zu beziehen durch die  
**Volks-Buchhandlung,**  
Halle a. S., Herz 42/43.

**Arbeitsmarkt**  
Offene Stellen aller Berufe  
enthält stets die  
Beitrag: Deutsche Vakanzen-Post,  
Esslingen 166.

**Richard Flemming,**  
Halle a. S., Schmeerstrasse 22.  
**Optische Anstalt.**  
Große Auswahl, billige Preise.  
**Pumpen, Knochen, Papier.**  
alles Eisen und Metalle,  
Gummihähne  
kauft stets zu Tagespreisen  
J. Sternitzki, Alter Markt 11

**Hosenschneider**  
auf Werkstatt sucht  
**R. Christ, Merseburg.**  
Sohn wdt. Eltern, welcher Lust hat  
Tapezieren, Polstern u.  
Dekoration zu erlernen, w  
bitte zu melden Fleischerstr. 191  
**Ebeling, Tapeziermeister.**

Von ersten  
**Fahrradwerken**  
werden tüchtige, solente  
**Fahrrad-Vertreter**  
in der näheren und weiteren Umgebung von Halle gesucht. Offerten  
unter B. N. 6647 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

**Konsum-Verein, Weinböhla.**  
Zum baldigen Austritt ein  
**3. Vorstandsmittglied (Kontrollleur)**  
gesucht. Verstehe muß mit dem Vereinsgeschäftswesen vollständig  
vertraut sein und sich schon in derartigen Stellen befunden haben.  
Offerten sind bis 20. April zu richten an  
**Josef Hohnisch, Weinböhla, Göthestr. 1.**

**Honig,**  
Wenn Sie Ihre Gesundheit  
erhalten wollen, **essen Sie**  
Hütenhönig, hervortretend  
schöne Qualität, **80 Pfg.**,  
bei 5 Pf. **75 Pfg.**, empfiehlt  
Breitert, i. u. Markt  
**Carl Boock, Hotel Turm 12.**

**Kinderwagen.**  
**Sportwagen.**  
Anzahlung 2, 3, 5, 7, 9 M.

**Möbel** für 98 M., Anzahlung 6 M.

" 180 . . . . .	12 . . . . .
" 280 . . . . .	22 . . . . .
" 350 . . . . .	28 . . . . .
" 460 . . . . .	38 . . . . .
" 3000 . . . . .	An- u. Abzahlung nach Uebereinkunft.

**Einzelne Stücke 2 M. Anzahlung an.**

Alles in meinem **Möbel-Ausstattungs-Geschäft**  
**N. Fuchs**  
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstrasse 58, I., II., III.  
Kredit auch nach auswärts.

**F. M. Prüfer,**  
Osendorf.  
Bringe hiermit mein  
**Schuhwaren-Lager**  
in empfehlende Erinnerung.  
Konfirmanten-Schuhe u. Stiefel  
in jeder Preislage.

**Saat-Kartoffeln!**  
Richter's ovale Frühblau,  
Schneeglöckchen, Prof. Märcker,  
Sylasia, Magnum bonum,  
Sass, Brocken officiert billigt  
**O. Heller Nachfolger,**  
R. Merker,  
Steinweg 32, Telefos 2179.

**Möbel,**  
Karl Bieler,  
Albrecht-  
strasse 89.

**Schuhwaren**  
kauft man billig bei  
**Bahrmann, Jakobstraße 24.**  
Reparaturen schnell u. billig.

**Merseburg.**  
**Karl Bönicke**  
Johannisstr. 16.  
Tischlerei, Sargmagazin,  
Acusserst billige Preise.  
Mod. h. Kinderwagen in Gummi-  
reifen zu  
verkauft **Ammendort, Schulberg 7.**

**Herzog v. Burgund**  
**Cigarette**  
Preis 2-10 Pf.  
  
**UNION Gebrüder Liemann**  
Zu haben in Zigarrenhandlungen

**Bettmässen.**  
Befreiung garant. Auskunft  
unsonst. Alt. u. Geschl.  
angeb. **B. Schoene & Co.,**  
Frankfurt a. M. 372.

Für die Inserate verantwortlich: Red. B. N. 6647 — Druck der Halle'sch. Anzeig.-Verlagsges. (G. M. B. H.) — Bezugspreis: beim Abg. 10 Pf., sonst 15 Pf. — Sendung f. Halle a. S.















# 2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 87

Halle a. S., Mittwoch den 12. April 1911

22. Jahrg.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Zentral-Agitationskomitee.

Freitag, den 14. April, 10 Uhr, erweiterte Gesamtsitzung im Volkspark, gemäß dem Beschlusse der letzten Sitzung.

### Vom Kampf gegen die Arbeiter-Turnvereine.

Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung für die Arbeiterturnvereine hat am Samstag das Oerlandesgericht in Raumburg gefällt. In dem Arbeiterturnverein in Arnstadt hatte der 15 Jahre alte Pulvers als Turnzögling Aufnahme gefunden. Die Polizei bezügelte: Die Mehrheit der Mitglieder des Vereins sind Sozialdemokraten, ergo ist der Verein ein politischer, es dürfen deshalb Personen unter 18 Jahren an den Veranstaltungen des Vereins nicht teilnehmen. Die Polizei hatte auch festgestellt, daß Pulvers an den Turnstunden und an einer Turnfahrt teilgenommen hatte, und beehrte ihn mit einem Strafmandat von einer Mark. Hiergegen wurde Einspruch erhoben. Das Schöffengericht sprach Freie und stellte fest, daß es als fraglich nicht die Rechte eines Mitglieds der Partei, sondern als Veranlassungen teilzunehmen, auch in den Turnstunden auf die Angelegenheit politischer Hinsicht, zum Beispiel durch Singen von Liedern, nicht eingewirkt hätte.

Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Das Landgericht in Erfurt belieh es bei der Freisprechung, fügte aber als weiteren Freisprechungsgrund hinzu, daß dem Angeklagten auch die Einsicht der Strafbarkeit gemangelt habe.

Die Staatsanwaltschaft beruhigte sich bei diesem Urteile nicht und legte Revision ein. Das Oberlandesgericht hat die Revision verworfen und ebenfalls auf Freisprechung erkannt. Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bölsfahr beantragte selbst die Verwerfung der Revision; er führte aber als Grund nur an, es sei einmündig festgestellt, daß dem Angeklagten die Einsicht der Strafbarkeit gemangelt habe. Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Heinemann, beantragte aber unter eingehender Begründung die Verwerfung der Revision aus dem Gesichtspunkte, daß überhaupt eine strafbare Handlung nicht vorliegt. Der Senat schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an. Zur Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Der § 17 des Reichsvereinsgesetzes gestatte ausdrücklich die Teilnahme Jugendlicher an Veranstaltungen von geselligen Art, selbst wenn man annehmen wolle, daß fraglicher Turnverein ein politischer Verein sei. Als solche Zwecke seien auch Sport und Turnen anzusehen, denn eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten könne gar nicht darin erblickt werden. Nach dem hiesigen Wortlaut des Gesetzes hätte Pulvers von vornherein nicht in Strafe genommen werden dürfen. Deshalb rechtfertige es sich auch, daß nicht nur die Gerichtsinstanzen der Staatskasse anvertraut, sondern daß auch dem Angeklagten die ihm entandenen notwendigen Auslagen erstattet würden.

Durch dieses Erkenntnis sei in solchen Sachen höchsten Gerichtshofes ist der willkürlichen Gesetzesauslegung ein Riegel vorgeschoben und die Teilnahme von Turnzöglingen an den Turnstunden der Arbeiterturnvereine auch nach dieser Seite hin gesichert, d. h. solange gesichert, als sich die Polizei keine weiteren Übergriffe gestattet. Nach der Ungewissenheit, wie man sich über das Urteil des Schöffengerichts in der Frage der Zulassung von Turnzöglingen hinweg setzt, ist leider unangenehm, daß auch dieses Urteil Polizeiführern nicht für immer befehlige.

### Der Kampf im Steinsberggewerbe.

Die 18 Firmen den neuen Vertrag mit ihren Arbeitern unterzeichnet haben, so fordern die Ausgepöhlten die Behörden auf, die projektierten Arbeiten auch zur Ausführung bringen zu lassen. Jedenfalls sind diese Firmen genau so leistungsfähig, als die Herren, die nicht mehr arbeiten wollen. Wenn man nicht den Vorwurf der einseitigen Parteizugehörigkeit verdienen will, dann gebe man auch die Arbeiten heraus. Am Schluß der vergangenen Woche standen im Kampfe 298 Personen, wovon 217 zu unterstützen waren. Im ganzen Be-

zir haben sich nur 43 Streikbrecher den Unternehmern in die Arme geworfen. Zu neuen Bedingungen stehen bei 13 Firmen 60 Mann in Arbeit.

**Stößen, Bergarbeiter, Vorsicht!** In der Eisleber Zeitung findet die Kolonialzeitung bei Salungen Fabrikarbeiter. Wir wollen darauf hinweisen, daß die Arbeiterkonditionen dort beruht miserabel sind, daß fremde Arbeiter gar nicht oder nur sehr schlecht kritieren können. Die Löhne liegen bis unter 3 Mk. herunter und dabei liegt es Strafen über Strafen. Die Organisation wird nicht gebildet. Die einheimischen Arbeiter treiben nebenbei etwas Landwirtschaft, damit schlagen sie sich kümmerlich durchs Leben. Die Verhältnisse des Dorabos lassen es begründlich erscheinen, daß man unter den durch ihre Anprüdeligkeit und Zutriebendheit bekannten Manufaktur Bergarbeitern Zuzug zu finden glaubt. Es wird jeder selbst erkennen können, ob es für ihn vorteilhaft ist, wenn er auf die Dörfer einzieht.

**Sangerhausen.** Zur Reichstagswahl. Die nationalliberale Partei des Wahlkreises Sangerhausen-Graßberg hat für die kommende Reichstagswahl als Kandidaten ihrer Partei Herrn Justizrat Friedrich in Sangerhausen aufgestellt. So lautet eine lange Note, die sich gestern in der Sangerhäuser Zeitung befindet. Wenn dieser Beifall geübt werden will und welche Personen bei dem Schicksalskampf mitgewirkt haben, wird schambolter Weise verheimlicht. Nun wird die Öffentlichkeit wohl auch bald erfahren, warum der „Heimliche“ Decker Troll die Kandidatur niedergelegt hat. Oder auch nicht.

**Witterfeld.** Brüdergerien auf dem Landratsamt. Auf dem hiesigen Landratsamt sind bereits vor längerer Zeit umfangreiche Untersuchungen festgestellt worden, die jetzt endlich an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Eine Gerichtsverhandlung soll in nächster Aussicht stehen. Jetzt ist auch der frühere Kreis- und Kreisverwaltungssekretär Friedrich wegen großer Unterschlagungen in Untersuchungshaft genommen worden. Die verurteilte Summe beträgt etwa 40 000 Mk. — Das sind ja niedrige Zustände, die uns da aus einer preussischen Landratsstelle enthält werden. Die Grenzliste des Reichsverbandes hat also in letzter Zeit wertvolle Versicherungen erfahren.

**Naumburg.** Mit der Volksfrage beschäftigt sich am Sonntag eine gutehiesige Versammlung. Nach eingehender Diskussion wurde folgender Bescheid gefaßt: Die drei Gattolale zur grünen Lanne, Stadt Potsdam und Galtorf zur Galtorf sind zu ungeliebter Sämtliche anderen Wirtschaftlichen stehen der Arbeiterzeitung zur Verfügung. Die Einigungsverhandlungen sind als gescheitert zu bezeichnen. Die Werte leben es gen, wenn die Arbeiter kommen und ihr Geld versehen, aber zu Veranlassungen geben sie die Hände nicht her. Dabei fordern die Arbeiter nichts anderes als Gleichberechtigung gegenüber den anderen Berufsständen, und keine Sonderrechte. Es ist Willkür eines jeden fahrlässigen Arbeiters und jedes gerecht bedenkenden Einzelmanns, die drei soziale nach Möglichkeit zu meiden. Die Leitung des Anlaufkampfes liegt in den Händen einer Kommission, deren Anordnungen jeder Partei- und Gewerkschaftsmitglied zu befolgen hat. Darum, ihr Arbeiter, ihr Solidarität!

**Glensberg.** Die Schachmachereigenen in Verlegenheit. Das den hiesigen Fabrikanten in Verlegenheit schiedt genug ist, um die lieben Arbeitsschergen nach hier zu lassen, kann aus neue bemieten werden. Künstlich kamen wieder einige Angeworbene nach Glensberg, ohne mit den Verhältnissen vertraut zu sein. Als ihnen die Situation geschildert wurde, daß die Handwerkerarbeiten verrichten sollten, beklagten sie sich für die ihnen angetragene Güte und — letzten Glensberg wieder den Rücken. Jener teilten sie den Ausgepöhlten mit, in welcher Weise sie angeordnet worden waren. Die Dermatoid-Werke, Paul Meißner in Leipzig luden in der Donau-Szeitung (I) Arbeiter. Auf eine Anfrage bekam der Arbeiter Max Jandiger folgenden Brief:

**Dermatoid-Werke Paul Meißner**

Abteilung I Dermatoid Off. A. Leipzig, den 28. März 1911.  
Herrn Max Jandiger, Galtorf/Naumburg, Post-Ruhlfeld, Kreis. Landshut.

Untervollständiger Offerte vom 23. März, auf meine Annahme in der Donau-Szeitung vom 28. März, daß Freitag, den 1. März, und Samstag, den 1. April, unter der Bedingung, Herr Albert Abele in Galtorf, Post-Ruhlfeld, Kreis. Landshut, und ich mich bei demselben vorstellen. Es handelt sich um Arbeiter in unsere Celluloidfabrik in der Nähe von Leipzig. Über die Reise nach hier würden Sie von unseren Vertretern erfahren. Jedenfalls wurde jedoch am Samstagabend oder Sonntag früh erfolgen.

**Dermatoid-Werke Paul Meißner.**

Ich bin aus Leipzig fortgegangen, um ja allen Augenblicke zu schreiben. Nicht nur die Abteilung II, auch Abteilung I; Dermatoid geht auf Arbeitereigenen und zwar bemüht man sich zur Abwechslung hier von Glensberg aus bis nach Böhmen. Der neulich mit ausgehender Arbeiter Josef Strobel licherlich folgenden Brief:

**Dermatoid-Werke Paul Meißner**

Abteilung I. Herrn Josef Strobel, Waidhofen a. d. Eger i. Böhmen.

Wir empfangen Ihre deutsche Telegramm, worauf wir Ihnen auf gleichem Wege antworten: 25 Mark Wochenlohn, 14 Tage Kündigung, bei zurückstehender Zeitung „Bertrag“, was wir hiermit bestätigen. Ihren egl. umgehender Mitteilung, ob Sie unter diesen Bedingungen die fragliche Stellung am 1. April d. J. annehmen, bleiben wir erwarrend.

**Dermatoid-Werke Paul Meißner.**

Die Betriebsleitung, A. Schulze.

Die Herren lassen sich alle die ganze Geschichte ein ziemliches Stück Geld kosten, und müssen sie bei jeder Gelegenheit gleichzeitig die Lohnverhältnisse etwas aufbessern, denn Anfangslohne von 25 Mark pro Woche gibt es bis jetzt noch nicht in Dermatoid-Werke. Es wird zwar etwas spät werden, aber zu dem Erkenntnis werden die Kapitalgeber schon noch kommen, daß es ein vergebliches Bemühen ist, die Organisationen der freien Gewerkschaften vernichten zu wollen.

**Brieflich bei Glensberg.** Es hat es fruchtete. Die Kritik des Volksblattes nämlich. Vor einigen Wochen berichteten wir

über die herrschenden miserablen Schulverhältnisse, die darin bestehen, daß man 43 Kinder in den engen, finsternen Gangesraum des Dorfgaules pferde, weil man es nicht für nötig hielt, eine zweite Schicht zu bauen. Der Gemeindevorstand, aber den Betrugsmäßig bereitwilligweise nicht fernerlich erbaute; er soll sogar zur Begrenzung und Vererbung gelassen sein und die Befreiung des bösen Schulverhältnisses verlangt haben. Jedenfalls muß er dort aber gebort aber nicht sein, denn bald darauf wurden die Schulpläne aus dem finsternen Gange heraus nach dem Schullehrer gebracht, in dem jetzt abwechselnd Vor- und Nachmittagsunterricht abgehalten wird. Hoffentlich wird nunmehr der mit allen Mitteln auf die lange Bahn geführte Bau eines größeren Schulhauses etwas beschleunigt.

**Wandberg.** Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder findet am 21. April, vormittags 10 Uhr, statt. Schulpflichtig sind alle Kinder, die bis zum 30. September d. J. das 6. Lebensjahr erreicht haben.

**Ziegen.** Gemeindevorstand. Mit Genehmigung des Bezirksausschusses und des Oberpräsidenten werden für das Steuerjahr 1911/12 an Gemeindevorstand: 160 Proz. der Wähler, 160 Proz. Zuzahlung zur Betriebssteuer, eine Gemeinde-Einkommensteuer von 100 Prozent der ermittelten Steuergrundlage und eine Gemeinde-Einkommensteuer von 100 Prozent von den Foresten.

**Dommitzsch.** Politische Versammlung. Nachdem es auch hier endlich gelungen ist, einen Saal (die Konzerthalle) zu politischen Versammlungen zu erhalten, fand am Samstag eine Volksversammlung statt. Als Referent war der Genosse Menke aufgetreten. Die Versammlung war sehr gut besucht, auch aus benachbarten Kreisen hatten sich zahlreiche Zuhörer eingeunden. Die Referent waren fast vollständig zur Stelle. Genosse Menke schilderte die fortschreitende Ausbeutungspolitik des gegenwärtigen Reichstages und überlegte glänzend, besonders in den kleinen Gemeinden und Städten bestehende falsche Meinung von der Sozialdemokratie. Seinen circa 1 1/2 stündigen Ausführungen wurde allgemeiner Beifall gezollt.

Da sich niemand zur Diskussion meldete, nahm Genosse Menke das Wort und sprach, daß es endlich an die Zeit gekommen ist, einen Saal zur Abhaltung von politischen Versammlungen zu bekommen. Wie notwendig die Einführung der Revision sei, in Dommitzsch ist, beweisen die letzten Versammlungen. Bis vor kurzem befanden die Stadtvorordneten immer noch 4 Meter Holz pro Jahr. Dieses macht durchschnittlich 30 Mk. pro Jahr aus. 12 Sitzungen finden im Jahr statt, also pro das Amt eines Stadtvorordneten nicht mehr ein Ehrenamt, sondern ein bezahltes. Da aber die Regierung darauf ihr Augenmerk lenkte, verordnete man freiwillig, als das Holz, auch das juristische Stadtvorordnete der Polizeiverwaltung wegen der Hauptverwaltung für keine entsprechende Abzahlung. Genosse Menke machte auf Schulte seiner Ausführungen folgende Resolution aus: Die am 1. April 1911 in der Konzerthalle zu Dommitzsch stattfindende Volksversammlung protestiert entschieden gegen die vom gegenwärtigen Reichstag fortgesetzte betriebene Ausbeutungspolitik und vertritt mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin zu arbeiten, daß dieser Beifall ein Ende gemacht wird. Die Versammlung beschließt entschieden dafür einzutreten, daß bei der nächsten Wahl der Kreis Ziegen-Wandberg durch unseren Kandidaten Genossen Gustav Lorenz aus Witterfeld vertreten wird.

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Es wird jetzt nicht die Arbeiter von Dommitzsch sein, die Wirt, welcher seinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellt, auch gehörig zu unterstützen. Ferner muß jeder Genosse nach Kräfte agitieren, damit der neuorganisierte Waldverein immer stärker wird und die Abkommensfrage für das Volksblatt immer mehr freier.

**Wandberg.** Ein Bräutigam abgagte. Die Tochter eines hiesigen Arbeiters, Erna Werber, die bevor sie heiratet, hat sich mit einem Mann, der in einer Art und Weise mißhandelt worden, die im höchsten Grade auf denjenigen herausfordern muß, die aus bürgerlichen und menschlichen Gründen für die Abhaltung der Bräutigame in den Volkshäusern eintreten. Der Vater des arg mißhandelten Mädchens ließ sich vom praktischen Sinn der Wäbner die nur einigen Augenblicke, die er dem Sohn der Mißhandlung durch ein Zeugnis bezeugen. In dem Urteil heißt es:

Das Kind Erna Werber wurde am 1. April 1911 von der Mutter mit zur Unternehmung vorgeführt. Dasselbe hatte zahlreiche frühere Stürmen, hervordurch von Stößen an Kopf und Rücken und zwar mehrere Wochen lang, die sich auf den rechten Kopfteil vor dem Ohr bis zur Höhe des Gehörganges nach dem Schadel, 6 cm lange 1 cm breite blutige Strieme, die rechte Ohrschneise an dem oberen Rand fast verwickelten, an der rechten Halsseite ist eine 5 cm lange 1 1/2 cm breite von vorn unten nach hinten über verlaufende blutunterlaufene Strieme. Am unteren Mittel fast rechten Oberarmes eine höckerartige rufmännliche Kontusion sichtbar. An der linken Kopfseite im behaarten Kopf eine 3 cm lange 1/2 cm breite blutige Schmiere. An der linken Schulter nach der linken Brustseite von hinten her laufende neue Strieme 6-8 cm lang. Ueber dem linken Oberarm 3 bis 4 kreuz und mehr verlaufende Striemen, ferner jetzt der Rücken in seinem oberen Teil viele ältere Striemen grün und blau verfärbt, die ebenfalls von Stößen herrihren.

Wie uns mitgeteilt wird, soll der Lehrer das Kind gegen den Schran genommen und auf Kopf und Rücken ohne Rücksicht losgeschlagen haben. Als der Wäbner in der nächsten Untersuchungsphase das Mädchen nochmals verprügeln wollte, bemerke er die Spuren seiner Tat und hielt inne. Er meinte, das Mädchen solle zu Hause lauern, es wisse nicht, woher die Striemen und blutunterlaufene Stellen herrihren: sogar vom Schulbuche sollte das Kind auf einige Zeit befreit werden. Als der Vater des Mädchens nach vergeblichem Versuch dem Lehrer in berechtigter Erregung über diese laudbareren Vergehensbeispiele eine scharfe Worte vorsetzte, wurde ihm gleich am anderen Tage eine Verleumdungsfalschung zugesetzt. Ueber die Mißhandlung zur Rede gestellt, soll der ungeliebte Lehrer entgegen haben, daß ihm eine Schulzei gar nichts tue, da er in der Duldungspflichtverpflichtung sei. Hoffentlich macht die vorerwähnte Behörde dem Jugendverleurer auf eingehende Befragung klar, daß er gar kein Recht hat, seine Schüler Veracht zu mißhandeln. Vielleicht kommt auch bald die Zeit, in der man von der Schulratsbehörde verlangen kann, daß sie die Schulverleurer verpönt und jeden Lehrer wegen eines solchen Vergehens dem Strafverfahren überantwortet. Es ist überhaupt eine Schandtat, wenn in den Volkshäusern noch den Stod als Erziehungsmitel anzuwenden.

**Schulze.** Abgang. Karltheogenien! Am Freitag, den 14. April, abends 7 Uhr, findet im Hotel Waldau die Mitgliederversammlung statt.

# Fertige Kleider für alle Zwecke

Loose-fitting

kauft man vorteilhaft bei

